

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die am

Dienstag, dem 2. Dezember 2014, um 17.30 Uhr

im Sitzungssaal des Rathauses Neusiedl am See stattgefundene

öffentliche Gemeinderatssitzung

Anwesend:

Bürgermeister		Kurt	LENTSCH
Vizebürgermeisterin		Elisabeth	BÖHM
Stadträtin		Monika	RUPP
Stadtrat		Emmerich	HAIDER
Stadtrat	DI	Thomas	HALBRITTER
Stadtrat		Roman	SCHEUER
Stadträtin		Isabell	LICHTENBERGER
Gemeinderat	Ing.	Stefan	KAST, BA
Gemeinderat	Ing.	Viktor	HORVATH
Gemeinderätin		Emma	HITZINGER
Gemeinderat	Ing.	Günter	KOLAR
Gemeinderätin		Birgit	PECK
Gemeinderätin		Ingeborg	BERGER
Gemeinderat	Ing.	Hermann	MICHLITS
Gemeinderätin		Judith	FRANK-UNGER
Gemeinderat		Johannes	MIKULA
Gemeinderat	Mag.	Heinz	ZITZ
Gemeinderat		Andreas	KÖNIGSHOFER
Gemeinderätin	Mag. ^a	Beata	SÄMANN-TAKACS
Gemeinderat		Karl	PANNER
Gemeinderat		Johannes	DEPAULY
Gemeinderätin	Mag. ^a	Alexandra	FISCHBACH
Gemeinderat	Ing.	Johann	LINHART

Schriftführer	Mag.	Katrin	BOCHALOFSKY
---------------	------	--------	-------------

Abwesend und entschuldigt:

Gemeinderat		Franz	SCHNEIDER
Gemeinderat	DI	Gottfried	HAIDER

Der Vorsitzende, Bürgermeister Kurt Lentsch, begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest und eröffnet diese Sitzung um 17.30 Uhr. Zu Beglaubigern werden die Gemeinderäte Ing. Hermann Michlits und Mag. Heinz Zitz bestimmt. Vor Eingang in die Tagesordnung wird der TOP 4 „Beauftragung – Überprüfung Kommunalsteuer“ von der Tagesordnung abgesetzt. Er begründet dies damit, dass er bisher vergeblich auf ein drittes Angebot gewartet hat. Wenn dieses aufliegt, soll dieser TOP im Gemeinderat behandelt werden.

Diese Sitzung wurde gemäß § 41, Abs. 2 Bgld. Gemeindeordnung eingeladen, da die Sitzung vom 19.11.2014 aufgrund Beschlussunfähigkeit abgebrochen wurde.

Der Bürgermeister ersucht die Gemeinderäte um Genehmigung der Niederschriften der Gemeinderatssitzung vom 29.09.2014 und vom 19.11.2014.

Grⁱⁿ Fischbach beantragt folgende Änderungen zum Protokoll vom 29.09.2014:

- Unter Allfälliges soll der Wortlaut von „GRin Fischbach fragt nach, wer die Kosten für die Verpflegung des Besuchs von Landeshauptmannstellvertreter Steindl vom Freitag trägt“ auf „GRin Fischbach fragt nach, wer die Kosten für den Besuch von Landeshauptmannstellvertreter Steindl vom Freitag trägt“ geändert werden.

GR Mikula beantragt folgende Änderung zum Protokoll vom 19.11.2014:

- Der letzte Absatz soll gestrichen werden, da die SPÖ Fraktion zu diesem Zeitpunkt bereits den Sitzungssaal verlassen hat.

Der Gemeinderat genehmigt die Verhandlungsschriften der Sitzungen vom 29.09.2014 und 19.11.2014 mit den oben angeführten Änderungen.

T A G E S O R D N U N G

Punkt 01) Bericht über die Gebarungsprüfung 2014 der Gemeindeaufsicht

Der Bürgermeister bringt das Schreiben der Landesregierung Abteilung 2 sowie die Prüfberichte „FZB GmbH“ und „Gemeinde Neusiedl am See“ dem Gemeinderat zur Kenntnis. Die nicht-öffentlichen Inhalte des FZB GmbH-Berichtes werden nach Rücksprache mit allen Fraktionen nicht öffentlich verlesen. Er liest den Bericht auszugsweise vor und ersucht danach um Wortmeldungen.

GR Zitz sieht dringenden Handlungsbedarf aufgrund des Berichtes. Fehlende Beschlüsse, TAN Codes ohne Unterschrift sowie Rechnungen ohne Anordnung des Bürgermeisters dürfen nicht geschehen. Er fragt den Bürgermeister warum bei großen Beträgen keine Gemeinderatsbeschlüsse getroffen wurden.

Bgm. Lentsch erklärt, dass es teilweise Beschlüsse gibt, die jedoch nicht in der kurzen Zeit der Prüfung gefunden wurden. Laut dem Schreiben der Abteilung 2 hat der Bürgermeister 3 Monate zur Stellungnahme Zeit.

GR Zitz fragt, warum es zu den Punkten c-e im Prüfbericht Seite 18 – hierbei handelt es sich um Werkverträge zu Bauvorhaben – weder Gemeinderatsbeschlüsse noch aufsichtsbehördliche Genehmigungen gibt.

Bgm. Lentsch erklärt dies damit, dass aufsichtsbehördliche Genehmigungen für derartige Verträge erst seit August 2008 erforderlich sind. Die genannten Werkverträge stammen jedoch vom Februar 2008. Zu den Gemeinderatsbeschlüssen verweist der Bürgermeister auf seine vorige Aussage, dass er die Frage, ob es Beschlüsse gibt, weder verneinen noch bejahen kann, da er selbst 3 Monate Zeit hat eine Stellungnahme abzugeben und zum jetzigen Zeitpunkt nicht informiert ist, ob diese Beschlüsse gefällt wurden. Er geht aber davon aus, dass damals Gemeinderatsbeschlüsse beschlossen wurden.

GRin Sämman-Takacs fragt den Bürgermeister, ob er von den Zahlungsanweisungen gewusst hat.

Bgm. Lentsch beantwortet dies damit, dass er diese Frage in der vergangenen Sitzungen bereits beantwortet hat.

GRin Fischbach sagt, dass die beiden Berichte zeigen, dass das Einhalten von gesetzlichen und formalen Vorschriften unbedingt erforderlich ist. Darauf haben die Grünen bereits seit längerem hingewiesen. Beim FZB GmbH Bericht wird die Unvereinbarkeit von „Kassaleiter & GF der FZB GmbH“ sowie „Bürgermeister & Steuerberater der FZB GmbH“ ersichtlich. Es wäre aber falsch die Probleme der FZB GmbH auf eine Person – nämlich den Geschäftsführer – zu reduzieren. Die Grünen haben bereits darauf hingewiesen, dass die Kontrolle fehlt. Auch der Beirat hat seine Rechte nicht genutzt. Die Grünen begrüßen die Verbesserungsvorschläge und werden die Maßnahmen unterstützen.

Bgm. Kurt Lentsch erklärt, dass auch die ÖVP die Verbesserungsvorschläge positiv zur Kenntnis nimmt.

Vizebgm.in Böhm sagt, die SPÖ habe schon früher gefordert, dass die Steuerberatung der FZB GmbH unvereinbar mit dem Amt des Bürgermeisters sei. In Zukunft muss man sich an den Prüfbericht unbedingt halten.

StR Halbritter erläutert, dass Hermann Keglovits den Posten des Geschäftsführers der FZB GmbH in einer finanziell schwierigen Situation übernommen hat. Die FZB GmbH wurde damals gegründet, als das Hallenbad umgebaut wurde, um EU Förderungen beziehen zu können. Die FZB GmbH wird als Teil der Gemeinde angesehen. Bedauernswerterweise wird die FZB GmbH immer eines Zuschusses bedürfen, weshalb auch eine Resolution an die Landesregierung gestellt wurde, die bis heute unbeantwortet ist.

StR Scheuer sagt, dass der Prüfbericht zeigt, dass sich gewisse Vorgehensweisen ändern müssen. Da kann man nicht sagen „Bei der FZB GmbH wurde das jahrelang so gehandhabt, also bleibt das weiter so“.

StR Halbritter entgegnet, dass er das so nicht gemeint hat, wie es StR Scheuer auffasst.

GRⁱⁿ Fischbachergänzt, Man müsse sich für das Hallenbad eine Lösung einfallen lassen und in der FZB GmbH müssen die Strukturen geändert werden. So könnte man auch andenken die Immobilien wie zB. die Veranstaltungshalle besser zu nutzen.

Punkt 02) Verlängerung der befristeten Bausperre Gebiet „Taboräcker“ gemäß § 26 Bgld. RplG.

StR Halbritter berichtet, dass es für die Erstellung eines Teilbebauungsplanes notwendig ist, die Bausperre „Taboräcker“ gemäß § 26 Bgld. RplG. um ein Jahr zu verlängern. Hierfür muss die beiliegende Verordnung beschlossen werden.

VERORDNUNG

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Neusiedl am See vom 02.12.2014, Zahl: 0313-2/002-2012/2014 betreffend Verlängerung der befristete Bausperre für das Gebiet „Taboräcker“ gemäß § 26 Burgenländisches Raumplanungsgesetz

Auf Grund des § 26 des Burgenländischen Raumplanungsgesetzes, LGBl. Nr. 18/1969 idGF., wird nachstehendes verordnet:

§ 1

Die Verordnung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Neusiedl am See vom 14.12.2012, Zahl: 0131-2/002-2012 (Bausperre für das Gebiet „Taboräcker“) wird zur Sicherung des Planungsvorhabens –Erstellung eines Teilbebauungsplanes für das Gebiet „Taboräcker“ – um ein Jahr verlängert.

§ 2

In dem in § 1 bezeichneten Gebiet dürfen Baubewilligungen grundsätzlich nicht erteilt werden. Ausnahmen von diesem Verbot sind zulässig, wenn der Gemeinderat nach Anhörung wenigstens eines Sachverständigen feststellt, dass die beantragte Grundteilung bzw. das Bauvorhaben die beabsichtigte Gesamtgestaltung innerhalb der Gemeinde nicht beeinträchtigt und einem allenfalls bestehenden Flächenwidmungsplan nicht widerspricht.

§ 3

Die verlängerte Bausperre verliert mit Inkrafttreten des Planes, spätestens aber nach Ablauf des Verlängerungsjahres die Wirksamkeit.

§ 4

Diese Verordnung tritt mit Ablauf des Tages ihrer Kundmachung in Kraft.

Sollte der TBP früher fertig gestellt sein, wird die Bausperre aufgehoben. Der TBP wurde bereits in der Infrastrukturausschusssitzung diskutiert und wird den Anrainern präsentiert, damit der TBP 2015 beschlossen werden kann.

Vizebgm.in Böhm meint, die SPÖ hat kein Verständnis dafür, dass die Anrainer ein weiteres Jahr bei ihren Bauvorhaben blockiert werden und wird deshalb nicht zustimmen.

StR Halbritter erklärt, dass es sich lediglich um zwei Anrainer handle, wobei bei einem bereits eine Ausnahme der Bausperre bewilligt wurde.

GRⁱⁿ Fischbach kritisierte auch, dass die Erstellung eines Teilbebauungsplanes zwei Jahre dauert, aber für eine sinnvolle Planung ist die Verlängerung der Bausperre erforderlich.

Bgm. Lentsch stellt den Antrag die Verordnung „Verlängerung der befristeten Bausperre Gebiet „Taboräcker“ gemäß § 26 Bgld. RplG.“ zu genehmigen.

Dieser wird mehrheitlich beschlossen.

Für den Antrag stimmten: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider Emmerich, Halbritter, Rupp sowie die ÖVP-Gemeinderäte Berger, Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Michlits, Peck, Grüne-Gemeinderäte Fischbach und Linhart.

Gegen den Antrag stimmten: Vizebürgermeisterin Böhm, Stadtrat Scheuer, Stadträtin Lichtenberger sowie die SPÖ-Gemeinderäte Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Zitz.

Punkt 03) Antrag an die Bgld. Landesregierung – Übertragung von Angelegenheiten aus dem eigenen Wirkungsbereich (gewerbliche Bauten und Grünlandbauten)

Die Mitarbeiter des Bauamtes sind an den Bürgermeister mit der Bitte nach oben genannter Übertragung herangetreten. Der Bürgermeister berichtet, dass dies auch von Seiten der Bezirkshauptmannschaft so gewünscht ist. Grⁱⁿ Hitzinger erklärt, dass dieser Antrag auf Übertragung nun gestellt werden soll.

Seitens der Stadtgemeinde Neusiedl am See wird der Antrag gemäß § 58 Abs.4 Bgld. Gemeindeordnung gestellt, die Besorgung folgender Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches aus dem Bereich der örtlichen Baupolizei auf die örtlich zuständige Bezirkshauptmannschaft Neusiedl am See zu übertragen; diese Übertragung bezieht sich nicht auf bundeseigene Gebäude, die öffentlichen Zwecken dienen (Art. 15 Abs. 5 B-VG):

1. In jenen Fällen, in denen nach der Gewerbeordnung die gewerbebehördliche Genehmigung der Betriebsanlage erforderlich ist: Feststellung in Zweifelsfällen, ob ein geringfügiges Bauvorhaben vorliegt oder ein Bauverfahren durchzuführen ist, Baufreigabe durch Anbringung eines Freigabevermerks, Erteilung von Baubewilligungen und Mitteilung eines beabsichtigten Abbruchs eines Gebäudes sowie Abbruchbewilligung und Erteilung der Benützungsfreigabe. Die Übertragung bezieht sich auf den gesamten Bau, wenn auch nur ein Teil des Baus der gewerbebehördlichen Genehmigungspflicht unterliegt;
2. für Bauten in Grünflächen (§ 16 des Burgenländischen Raumplanungsgesetzes, LGBl. Nr. 18/1969, in der geltenden Fassung): Feststellung in Zweifelsfällen, ob ein geringfügiges Bauvorhaben vorliegt oder ein Bauverfahren durchzuführen ist, Baufreigabe durch Anbringung eines Freigabevermerks, Erteilung von Baubewilligungen und Mitteilung eines beabsichtigten Abbruchs eines Gebäudes sowie Abbruchbewilligung und Erteilung der Benützungsfreigabe;
3. Durchführung aller baubehördlichen Verfahren und aller im Burgenländischen Baugesetz normierten Maßnahmen bei mangelhafter und nichtbewilligter Bauführung sowie bei Baugebrechen in den Angelegenheiten nach Z 1 und 2.

GRⁱⁿ Fischbach sieht darin Möglichkeiten die Rathausmitarbeiter zu entlasten und Kosten zu sparen.

Bgm. Lentsch bringt den „Antrag an die Bgld. Landesregierung – Übertragung von Angelegenheiten aus dem eigenen Wirkungsbereich (gewerbliche Bauten und Grünlandbauten)“ zur Abstimmung.

Dieser wird einstimmig beschlossen.

Für den Antrag stimmten: Bürgermeister Lentsch, Vizebgm. Böhm, die Stadträte Haider Emmerich, Halbritter, Rupp, Scheuer, Lichtenberger sowie die ÖVP-Gemeinderäte Berger, Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Michlits, Peck, die SPÖ-Gemeinderäte Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Zitz und die Grüne-Gemeinderäte Fischbach und Linhart.

Punkt 04) Beauftragung – Überprüfung Kommunalsteuer

Wurde von der Tagesordnung abgesetzt

Punkt 05) Österreichischer Segelverband – Grundsatzbeschluss Erweiterung Segelleistungszentrum

Der Bürgermeister erinnert daran, dass die Erweiterung bereits im Vorstand besprochen wurde. GRⁱⁿ Frank-Unger berichtet, dass hier der Grundsatzbeschluss gefasst werden soll. Für die Erweiterung ist eine Drittelfinanzierung erforderlich. Die Gemeinde ist bereit ihr Drittel in Form von zwei Grundstücken zu leisten, jedoch sind zum jetzigen Zeitpunkt keine Zahlungen möglich.

Vizebgmⁱⁿ Böhm: Die SPÖ sieht die Erweiterung zwar positiv, aufgrund der finanziellen Situation der Stadtgemeinde, könne aber keine finanziellen Zusagen getätigt werden. Angeblich sind Leistungen der Stadt in der Höhe von 80.000€ vorgesehen, zB. Straßenerrichtung.

Nachdem das Ablehnen der SPÖ verkündet wurde stellt Bgm. Lentsch klar, dass nur ein Grundsatzbeschluss gefasst werden soll, in dem es ausschließlich um diese beiden Flächen und keine weiteren Verpflichtungen geht. Die Straßenerrichtung ist nur ein Wunsch des Segelverbandes.

StR Scheuer will zuerst Bund und Land fragen, ob sie diese Leistung von Seiten der Stadt akzeptieren oder nicht doch auch Zahlungen voraussetzen.

GRⁱⁿ Fischbach richtet an den Bürgermeister die Frage, ob es sich also nur um diese beiden Flächen in dem Grundsatzbeschluss handelt?

Bgm. Lentsch bejaht dies.

GR Zitz: weist darauf hin, dass im Prüfbericht steht, dass Baurechtsverträge nicht auf 99 sondern lediglich auf 50 Jahre abgeschlossen werden sollen. Dies sei auch bei diesem Vorhaben anzuwenden.

Bgm. Lentsch: wird dies dem Segelverband zur Kenntnis bringen.

Bgm. Lentsch stellt den Antrag den „Grundsatzbeschluss Österreichischer Segelverband – Erweiterung Segelleistungszentrum“ wie von ihm erläutert zu genehmigen.

Dieser wird mehrheitlich beschlossen.

Für den Antrag stimmten: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider Emmerich, Halbritter, Rupp sowie die ÖVP-Gemeinderäte Berger, Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Michlits, Peck, Grüne-Gemeinderäte Fischbach und Linhart.

Gegen den Antrag stimmten: Vizebürgermeisterin Böhm, Stadtrat Scheuer, Stadträtin Lichtenberger sowie die SPÖ-Gemeinderäte Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Zitz.

Punkt 06) Widmungsverordnung, Entwidmung aus öffentlichem Gut – Seegärten 93

GRⁱⁿ Peck berichtet, dass ein die Gemeinde ein Grundstück verkauft und dieses deshalb aus dem Öffentlichen Gut entwidmet werden soll.

Bgm. Lentsch bringt den Antrag „Entwidmung aus öffentlichem Gut – Seegärten 93“ zur Abstimmung.

Dieser wird einstimmig beschlossen.

Für den Antrag stimmten: Bürgermeister Lentsch, Vizebgm. Böhm, die Stadträte Haider Emmerich, Halbritter, Rupp, Scheuer, Lichtenberger sowie die ÖVP-Gemeinderäte Berger, Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Michlits, Peck, die SPÖ-Gemeinderäte Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Zitz und die Grüne-Gemeinderäte Fischbach und Linhart.

Punkt 07) Widmungsverordnung, Widmung in öffentliches Gut – Badgasse 4

GRⁱⁿ Peck erklärt, dass es sich hierbei um ein 110m² großes Grundstück handelt, dass zur Verbreiterung von Straßen dienen soll, weshalb es dem öffentlichen Gut gewidmet werden soll.

Bgm. Lentsch bringt den Antrag „Widmung in öffentliches Gut – Badgasse 4“ zur Abstimmung.

Dieser wird einstimmig beschlossen.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, Vizebgm. Böhm, die Stadträte Haider Emmerich, Halbritter, Rupp, Scheuer, Lichtenberger sowie die ÖVP-Gemeinderäte Berger, Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Michlits, Peck, die SPÖ-Gemeinderäte Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Zitz und die Grüne-Gemeinderäte Fischbach und Linhart.

Punkt 08) Verlängerung Mietvertrag – Nittnaus Carina, Frisörgeschäft im Haus St. Nikolaus

GRⁱⁿ Hitzinger berichtet, dass der Mietvertrag für das Friseurgeschäft im Haus St. Nikolaus ausläuft. Der Vertrag soll verlängert werden.

GR Zitz: wurde vom Bischof darauf angesprochen, dass er einen Brief von der Gemeinde erhalten hat, in dem geschrieben steht, dass die Opposition darauf drängt, den Vertrag für das Altenwohn- und Pflegeheim mit der Caritas nicht zu verlängern.

Bgm. Lentsch: Es wurde ein Brief geschickt, in dem lediglich gefragt wird, ob die Caritas an einer Verlängerung des Vertrages interessiert ist, da es auch Anfragen von Privaten Betreibern gibt. In dem Brief steht nicht, dass die Opposition auf eine Vertragskündigung dränge.

GR Königshofer: gibt an, dass er von Günter Kroiss gehört hat, dass in dem Brief steht, dass die Opposition darauf drängt.

GR Kolar: erklärt, dass die Gemeinde nach einer eventuellen Ausschreibung mit dem Bestbieter den Vertrag abschließen muss.

GR Kolar erklärt sich für befangen, da er mit der Mieterin verwandt ist und verlässt den Sitzungssaal.

Bgm. Lentsch bringt den Antrag „Verlängerung Mietvertrag – Nittnaus Carina, Frisörgeschäft im Haus St. Nikolaus“ zur Abstimmung.

Dieser wird einstimmig beschlossen.

Für den Antrag stimmten: Bürgermeister Lentsch, Vizebgm. Böhm, die Stadträte Haider Emmerich, Halbritter, Rupp, Scheuer, Lichtenberger sowie die ÖVP-Gemeinderäte Berger, Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Michlits, Peck, die SPÖ-Gemeinderäte Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Zitz und die Grüne-Gemeinderäte Fischbach und Linhart.

19.12 Uhr GR Kolar betritt wieder den Sitzungssaal.

Punkt 09) Ansuchen Zuteilung Wohnung „Betreubares Wohnen“

GRⁱⁿ Berger berichtet von drei Ansuchen bzgl. einer Wohnung. Alle drei Bewerber haben Neusiedler Wurzeln bzw. einen Nahbezug.

Bgm. Lentsch bringt den Antrag „Zuteilung Wohnung - Betreubares Wohnen“ zur Abstimmung.

Dieser wird einstimmig beschlossen.

Für den Antrag stimmten: Bürgermeister Lentsch, Vizebgm. Böhm, die Stadträte Haider Emmerich, Halbritter, Rupp, Scheuer, Lichtenberger sowie die ÖVP-Gemeinderäte Berger, Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Michlits, Peck, die SPÖ-Gemeinderäte Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Zitz und die Grüne-Gemeinderäte Fischbach und Linhart.

Punkt 10) Ansuchen um Ankauf eines geförderten Bauplatzes

Familie Bartolich Mario – Gruber Melanie haben um einen geförderten Bauplatz angesucht. StRⁱⁿ Rupp erklärt, dass die oben Genannten die Kriterien erfüllen.

Bgm. Lentsch bringt den Antrag „Ankauf eines geförderten Bauplatzes“ zur Abstimmung.

Dieser wird einstimmig beschlossen.

Für den Antrag stimmten: Bürgermeister Lentsch, Vizebgm. Böhm, die Stadträte Haider Emmerich, Halbritter, Rupp, Scheuer, Lichtenberger sowie die ÖVP-Gemeinderäte Berger, Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Michlits, Peck, die SPÖ-Gemeinderäte Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Zitz und die Grüne-Gemeinderäte Fischbach und Linhart.

Punkt 11) Weihnachtsgeschenke Gemeindebedienstete

Dazu liest StRⁱⁿ Rupp aus einem Arbeitsrechtsbuch vor, dass Prämien oder Geschenke, wenn sie jährlich und regelmäßig ausbezahlt wurden, zum Entgelt zu zählen sind und deshalb ein Rechtsanspruch darauf besteht. Aus diesem Grund sollen auch 2014 Weihnachtsgeschenke in der Höhe von € 70,-- (Vollzeitbeschäftigte) und € 35,-- (Halbtagsbedienstete) in Form von Gutscheinen gewährt werden.

GRⁱⁿ Fischbach: Wäre es möglich den Betrag zu halbieren?

Bgm. Lentsch: Nein, es gibt ein OGH Urteil, das dies nicht gestattet ist.

Bgm. Lentsch bringt den Antrag „Weihnachtsgeschenke Gemeindebedienstete“ zur Abstimmung.

Dieser wird einstimmig beschlossen.

Für den Antrag stimmten: Bürgermeister Lentsch, Vizebgm. Böhm, die Stadträte Haider Emmerich, Halbritter, Rupp, Scheuer, Lichtenberger sowie die ÖVP-Gemeinderäte Berger, Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Michlits, Peck, die SPÖ-Gemeinderäte Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Zitz und die Grüne-Gemeinderäte Fischbach und Linhart.

Punkt 12) Personalangelegenheiten und 13) Berufungen – Beschwerden werden im nicht-öffentlichen Teil behandelt.

Punkt 14) Bericht des Bürgermeisters

- **Barrierefrei:** ab 2015 sollen alle öffentlichen Gebäude barrierefrei sein. Wir werden das in einer Stadtratsitzung besprechen, wenn es genaue Termine für die Umsetzung gibt.
- **Hochwasserschaden:** Bei dem Unwetter im Juli hatte auch die Gemeinde einige Schäden zu beklagen. Das Land Burgenland Abteilung 4a hat nun eine Kostenzuschuss von 8.800€ zugesagt.
- **Asylwerber:** Es hat Gespräche mit dem Land gegeben, wie vorzugehen ist, wenn Asylwerber aufgenommen werden sollen. Der Kriterienkatalog ist sehr umfangreich, weshalb dieses Thema in einer Stadtratssitzung besprochen werden soll. Alle Gemeinderäte werden vom Bürgermeister aufgefordert sich zur Aufnahme von Kriegsflüchtlingen Gedanken zu machen.
- **Technologiezentren Holding GmbH:** Bei der Generalversammlung wurde gesagt, dass die Auslastung der Technologiezentren sehr gut ist. Sollte die Enercon abwandern, muss man Überlegungen für den weiteren Verlauf anstellen.
- **AWV:** Bei der Mitgliederversammlung des Abwasserverbandes wurde der Vorschlag 2015 präsentiert. Die notwendigen Zahlungen der Stadtgemeinde werden voraussichtlich ein wenig rückläufig sein.

15) Allfälliges

- GRⁱⁿ Fischbach: erklärt, dass die Grünen Gemeinderäte auf ihr Sitzungsgeld für 19.11.2014 verzichten. Vizebgm.ⁱⁿ Böhm schließt sich mit den SPÖ Stadt- und Gemeinderäten an. GR Kast sagt, dass dies die ÖVP-Gemeinderäte dies schon bei der letzten Sitzung erklärt hätten.

Nach Erledigung der Tagesordnung wird die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 19:28 Uhr geschlossen.

Bürgermeister

Gemeinderäte

Schriftführer